

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe september 2007**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Henner Schmidt  
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte  
Französische Straße 8  
10117 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**  
700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**  
Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**  
Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Markus Löning, Peter Lundkowski, Katja v. Maur, Peter Pawłowski, Frauke Sander, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**  
Jürgen Golze, Martin Lindner, Patrick Meinhardt, Frauke Sander, Sascha Tamm

**FDP in Mitte im Internet**  
[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-friedrichstadt.de](http://www.fdp-friedrichstadt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)  
[www.fdp-wilhelmstadt.de](http://www.fdp-wilhelmstadt.de)

**Bankverbindung**  
FDP Mitte  
Konto 0653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

---

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe september 2007**  
**[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)**

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte, ich begrüße Sie herzlich zurück aus dem Sommerurlaub (vielfach war es ein wenig verregnet – offenbar braucht auch ein Klimawandel mal eine Pause). Gut erholt mögen wir uns nun in herbstliches Engagement für die liberale Sache stürzen.

Tatendurst ist aller Orten. Die Arbeit unserer AGH-Fraktion mit ihrem Vorsitzenden Martin Lindner wird seit diversen „grünen“ Bekennissen zu einer „Jamaica-Koalition“ von der Perspektive realer liberaler Gestaltungsmacht im Land Berlin beflogelt. Der Landesvorstand wird im letzten Halbjahr seiner Wahlperiode noch einmal öffentlichkeitswirksame Zeichen setzen wollen, wie unser Landesvorsitzender Markus Löning Ende August als Guest beim monatlichen Brunch des OV Tiergarten kundtat, wo er auch erklärte, für eine weitere Wahlperiode im Amt zur Verfügung zu stehen. Die Planungen unserer Ortsverbände in Mitte für ihre Aktivitäten in der zweiten Hälfte des politischen Jahres sind beeindruckend, und in Gendarmenmarkt und Tiergarten galt selbst während der „politischen Sommerpause“ bereits: „Wer rastet, der rostet.“

In unserem BV Mitte wie auch im Landesverband haben wir Liberale aktuell die Möglichkeit, aufbauend auf einem integrierten Verband kraftvoll für politische Gestaltungen in liberalem Geiste zu werben und zu wirken. Es drängt sich auf, diese Möglichkeiten mit allen Händen zu nutzen.

Zu den guten Vorsätzen nach einer Wahl zum Bundestag oder zum Abgeordnetenhaus gehört es üblicher Weise, dass man sich vornimmt (oder gar in Gremien beschließt), man werde in der kommenden Wahlperiode auch außerhalb von Wahlkampfzeiten regelmäßig mit Ständen und/oder Aktionen die Bürgerinnen und Bürger „auf der Straße“ ansprechen. Zu den Erfahrungen des Parteigeschäftes gehört es, dass solches dann üblicher Weise doch nicht passiert. Umso anerkennenswerter, und jeder Unterstützung durch alle Freunde der liberalen Sache würdig, erscheinen die diversen entsprechenden Ansätze unserer Ortsverbände in Mitte.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

**Im Dienste der Wahrheit genügt es nicht, Geist zu zeigen, man muss auch Mut zeigen.**

Ludwig Börne

## Lagebericht des Vorsitzenden

# Mehr Dynamik für Berlin!

von Henner Schmidt

Berlin ist ganz unten im Bertelsmann-Ranking der Städte. Und wie reagieren der Senat und große Teile der Berliner Politik und der Presse?



Sie leugnen die Tatsachen oder definieren sie nach ihrem Geschmack um. Senator Sarrazin behauptet sogar, wie gut es sei, dass wir arm sind, denn dann könnten wir ja europaweit billige Arbeitskräfte anbieten. Und die lokale Presse meint, dass sich doch alle hier wohl fühlen und das Abschneiden Berlins deshalb nur ein Missverständnis sein könne.

Nur: wenn wir pro Kopf weniger Wirtschaftleistung haben als Warschau und weniger als die Hälfte von Hamburg, wenn wir weiterhin eine extrem hohe Arbeitslosigkeit haben und keine größeren Firmenansiedlungen in Sicht sind, wenn immer noch Wohnungen und Büros massenweise leer stehen, dann ist die Wohlfühlstimmung objektiv gesehen einfach unangebracht.

Ein großer Teil Berlins hat sich darin eingerichtet, von anderen ausgehalten zu werden und sich an das süße Gift der Subventionen gewöhnt. Auf die Spitze getrieben hat dies Senator Sarrazin mit seinen Vorschlägen zur Reform des Finanzausgleichs: Berlin solle doch einfach pro Einwohner Bundeszuweisungen bekommen, für sozial Schwache noch etwas mehr. Die anderen Bundesländer müssten das natürlich bezahlen.

Statt also durch eigene Leistung etwas zu erwirtschaften, werden alle Anstrengungen darauf gerichtet, immer mehr umzuverteilen.

Der Senat legt auch innerhalb Berlins ein Umverteilungsprogramm nach dem anderen auf und signalisiert damit: wir richten uns im derzeitigen Zustand ein, wir haben gar kein Interesse, wieder eine stärkere Dynamik in die Stadt zu bringen, am besten soll doch alles so bleiben, wie es ist.

Natürlich ist es für viele angenehm, dass der Kiez kiezigt bleibt, dass keine fremden Leute herziehen und die Mieten nicht steigen, weil es keine Menschen gibt, die sich höhere Mieten leisten können. Manche finden es auch gut, keine Angst haben zu müssen, dass ihnen ein Arbeitsplatz angeboten wird. Und viele Menschen

arbeiten dauerhaft in Senats- und Bezirksprojekten, deren Erfolg zwar zweifelhaft ist, aber Tausende auf Dauer künstlich beschäftigt.

Für diese Klientel arbeiten Linkspartei, SPD und vor allem die Grünen mit aller Kraft. Sie wollen immer nur den Status Quo erhalten und ihre Klientel versorgen und suchen angestrengt andere, die dies durch ihre Leistung finanzieren sollen. Das ganze heißt dann „Lebensqualität“ oder „Soziale Stadt“ - es geht aber nie darum, die Stadt zu verändern, sie lebenswerter und sozialer zu machen, sondern nur darum, die Situation möglichst gut zu konservieren wie sie ist.

Es gibt aber viele Berliner, die die Lage ändern wollen, darunter auch solche, denen es gar nicht gut geht, die darum kämpfen, aus Hartz IV herauszukommen oder sich angestrengt um anständige Bildung bemühen. Diese Menschen würden sich über neue Perspektiven freuen und engagiert mitmachen, wenn man ihnen nur die Möglichkeiten dazu eröffnet.

Die FDP ist die einzige Partei in Berlin, die für Veränderung zum Besseren durch mehr Dynamik eintritt: wir wollen, dass mehr Menschen nach Berlin ziehen, dass neu gebaut wird, dass Firmen sich ansiedeln, dass Touristen kommen – und wir nehmen in Kauf, dass es manchmal etwas lauter wird oder die Leute aus der Ruhe ihrer Kieznischen gerissen werden.

„Mehr Dynamik für Berlin“ könnte deshalb ein gutes FDP-Schlagwort sein.

Wir wollen bürokratische Schranken für Menschen mit Initiative und guten Ideen niederreißen und dafür sorgen, dass mehr Wettbewerb möglich wird, wir wollen die bürgerschaftlichen Initiativen für exzellente Bildung stärken und wir wollen Einwanderern, die etwas leisten wollen, den Weg zu besserer Bildung und dem Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz freiräumen.

Wir setzen darauf, dass die Berliner unglaubliche Kräfte freisetzen können, wenn man sie nur machen ließe. Es ist deshalb an der Zeit, auf die Berliner zu setzen, die etwas bewegen wollen.

Wenn alle anderen die windgeschützten Nischen erhalten, lassen Sie uns für den frischen Wind kämpfen!

---

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt),  
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

## Kommentar aus Mitte

# Business in China mit „Guanxi“ – Probleme für internationale Firmen

von Maren Jasper

Spricht man in Shanghai mit Ausländern, die hier ein Business betreiben, steuert das Gespräch recht schnell auf „Guanxi“ zu. „Guanxi“ bedeutet, dass man Kontakte braucht, ein Netzwerk, um geschäftlich erfolgreich zu sein. Man braucht Beziehungen, um geeignete Büromöbel zu finden, um sich mit Behörden auseinanderzusetzen (auch mit der Polizei) und um Geschäftspartner zu finden. In China läuft aus diesem Grund nichts ohne Geld und Mittelsmänner, die gegen eine Provision tätig werden und deren Aufgabe es ist, die richtige Kontaktperson für das jeweilige Geschäft zu finden.

Hinzu kommt, dass in größeren Unternehmen Vergnügungsreisen, Geschenke an die Geschäftspartner und aufwendige Essenseinladungen durchaus üblich sind und erwartet werden, wenn man ins Geschäft miteinander kommt. Dies ist deutschen Unternehmen, wie wir aus manchen Skandalen wissen, auch nicht fremd, aber dennoch birgt dieses in China übliche Vorgehen Sprengstoff für internationale Firmen.

Der Grund für die Unruhe multinationaler Konzerne liegt in dem rigorosen Auftreten der U.S. Börsenaufsicht (S.E.C.) und des U.S. Justizministeriums (D.O.J.), um Korruption zu bekämpfen. Die amerikanischen Behörden verfolgen Bestechung und Korruption auch im Ausland, nämlich immer dann, wenn an ausländische Beamte oder Regierungs- oder Parteimitglieder eine Zahlung erfolgt oder etwas an Wert gegeben wird, um ein Geschäft zu machen.

Das Vorgehen basiert auf dem amerikanischen Gesetz zur Korruptionsbekämpfung (Foreign Corrupt Practices Act, FCPA), das auch außerhalb der USA Anwendung findet und auch Unternehmen betrifft, die nicht U.S. amerikanisch sind.



Es reicht aus, an der U.S. Börse gelistet zu sein, um unter den Anwendungsbereich des FCPA zu fallen. Und dies ist fast immer der Fall bei multinationalen Unternehmen.

Ein Verstoß gegen das Gesetz wird mit hohen Geldstrafen und Gefängnisstrafen geahndet, sowohl gegenüber dem Unternehmen selbst, als auch gegenüber Individuen. Aufsehenerregend war der Fall „Statoil“ im Jahr 2006. Norwegens größte Gas- und Ölgesellschaft Statoil zahlte Gelder an iranische Beamte, um ihre Gasfelder zu erweitern. Die Strafe belief sich auf insgesamt 20 Mio. \$, die von den U.S. Behörden verhängt wurde.

Besonders in China ist es für die ausländischen Unternehmen nicht einfach, den FCPA einzuhalten.

Da viele chinesische Unternehmen staatlich sind und zudem ein Großteil der Geschäftsleute gleichzeitig in der Politik bzw. der Regierung tätig sind, besteht in sehr vielen Fällen Kontakt zu einem „foreign official“, an den kein irgendwie beschaffener werthaltiger Vorteil gegeben werden darf.

Des Weiteren haftet ein Unternehmen auch für Mittelsmänner, die ebenso keine entsprechenden Gelder zahlen dürfen. Die Unternehmen müssen deshalb insbesondere in China die viel eingesetzten Agenten genau kennen und mit ihnen entsprechende Vereinbarungen treffen, damit kein Verstoß gegen den FCPA erfolgt.

Die Herausforderungen des FCPA werden in Zukunft auch chinesische Unternehmen treffen. Die Zahl der chinesischen Unternehmen, die an der U.S. Börse gelistet werden, steigt stetig. Diese Konzerne unterfallen dann auch der Kontrolle der U.S. Behörden und müssen sich nach einem Gesetz richten, das mit dem tatsächlichen Geschäftsverhalten in China nur schwer konform geht. Es gibt zwar in China auch strenge Anti-Korruptionsgesetze. Diese werden jedoch von allen Seiten ignoriert.

---

*Dr. Maren Jasper (OV OT), stellv. Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte und Mitglied im Landesvorstand der Berliner FDP*

Gastkommentar

## Außen- und Europapolitik in Verbindung mit liberalen Ideen

von Patrick Meinhardt

In wenigen Wochen feiern wir in Hamburg den 60. Jahrestag der Gründung der Liberalen Internationalen. Als deutsche Gruppe der DGLI freuen wir uns besonders, viele Freunde aus liberalen Bewegungen von überall auf der Welt in Hamburg begrüßen zu dürfen.

Wohl kaum jemand hätte sich 1947 vorstellen können, dass die große liberale Familie in Deutschland zu einem solchen Treffen zusammenkommt. Dazu, dass dies heute selbstverständlich möglich ist, hat eine verlässliche und auf Versöhnung ausgerichtete deutsche Außenpolitik wesentlich beigetragen.

Dies Politik ist auf das engste mit den Namen dreier großer Liberaler verbunden: Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel. Sie stehen dafür, dass die FDP immer wieder für Verlässlichkeit und Partnerschaft in den internationalen Beziehungen eingetreten ist und sich in der Außenpolitik nicht von ideologischen Zwängen beeinflussen ließ.

Als einzige Partei haben wir sowohl die Westbindung in der Nachkriegszeit als auch die Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa von Anfang an unterstützt. Uns schließlich wurde der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Einigung ganz wesentlich von liberalen Politikern geprägt.

Die deutsche Gruppe der DGLI hat diese erfolgreiche deutsche Außenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten stets konstruktiv begleitet. Dabei haben wir immer auch die Forderungen nach einer stärkeren Integration und demokratischer Legitimation Europas zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Wir unterstützen engagiert die weltweite Durchsetzung und Akzeptanz der Menschen- und Bürgerrechte.



Völkerverständigung, Toleranz und gesellschaftliche Liberalität bilden die Grundlage unserer Arbeit und unsere Konzeptionen. Damit hat die DGLI wichtige Impulse für die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte gegeben und setzt gleichzeitig die Tradition der großen liberalen Außenminister fort. Als bedeutendste liberale Denkfabrik für Außen- und Europapolitik müssen wir auch weiterhin die treibende Kraft für internationale

Fragen innerhalb der liberalen Bewegung bleiben.

Nach meiner Ansicht muss es der DGLI deshalb gelingen, die eigenen Strukturen weiter auszubauen und zu stärken. Wir haben dabei den großen Vorteil, dass die FDP als einzige Partei in Deutschland über eine eigene Vorfeldorganisation für internationale Fragen verfügt. Dies ist für uns eine große Chance.

Unsere außenpolitische Tradition und unsere strukturellen Vorteile müssen wir nutzen, dass erfolgreiche Außen- und Europapolitik in einer breiten Öffentlichkeit immer in Verbindung gebracht wird mit liberalen Ideen.

Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir diese Chancen effektiv nutzen können, wird sein, dass wir unser personelles Netzwerk innerhalb der liberalen Familie weiter ausbauen. Es wird notwendig sein, die DGLI als Organisation und ihre Inhalte verstärkt in den Focus der liberalen Öffentlichkeit zu rücken und damit einem breiteren Publikum bekannt zu machen, als dies bisher der Fall ist.

Wir müssen unsere Anstrengungen deutlich intensivieren, um einen größeren Personenkreis als bisher mit der DGLI in Kontakt zu bringen und in unser Netzwerk einzubinden, um so gut gerüstet zu sein für die anstehenden Europawahlen. So werden wir das außenpolitische Profil der FDP deutlich hervorheben und damit einen wichtigen Themenbereich mit deutlichen liberalen Akzenten besetzen.

---

*Patrick Meinhardt MdB (LV Baden-Württemberg) ist als Nachfolger von Markus Löning MdB Präsident der Deutschen Gesellschaft für Liberal International und der Liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa (DGLI)*

Zum Thema

## Liberalismus und soziale Verantwortung

von Jürgen Golze

Wer sich im Sommerloch der neuen/alten Linken-Polemik nicht entziehen konnte, ist vielleicht überrascht, wie einfach eine armutsfreie Gesellschaft etablierbar ist. Die Lösung der neuen Linken ist: der Staat übernimmt wirtschaftliche Schlüsselbereiche und hebt mit dieser erweiterten Macht die Armut auf.



So einfach sind Probleme nur zu lösen, wenn man die gesellschaftliche Realität auf einfachste Gut/Böse-Schemata reduziert. Sie funktionieren schon nicht mehr, wenn man die Marktwirtschaft und den demokratischen Staat als institutionelle Errungenschaften begreift, die nicht konträr sind, sondern sich gegenseitig bedingen. Die moderne Gesellschaft hat viele sich ergänzende Bereiche, die sich selbst organisieren und evolutionär entwickeln. Der Staat schafft mit seinen Gesetzen den ordnungspolitischen Rahmen, innerhalb der sich die freie Gesellschaft entwickelt. Er kann nicht andere Aufgaben übernehmen. Seiner funktionalen Struktur entsprechend müsste dort, wo sich die Gesellschaft bisher selbst gestaltete, die staatliche Verordnung treten. Die Effizienz würde leiden und die Lebensbedingungen alle Bürger verschlechterten sich.

Der Liberalismus ist die politische Bewegung, die die Bedeutung einer sich an individueller Freiheit orientierten Selbstorganisation der Gesellschaft betont. Individuelle Freiheit ist aber nur in einem sozialen Kontext möglich, der durch Bildung und ökonomische Chancen, jeden in der Gesellschaft befähigt, diese Freiheit zu nutzen. Sie ist ohne soziale Verantwortung nicht denkbar. Der Liberalismus braucht eine umfassende Sozialpolitik. Staatliche Alimentierung reicht nicht aus, die Menschen brauchen die Chance, ihre eigene ökonomische Basis zu schaffen.

Harz IV steht für Perspektivlosigkeit. Liberale müssen Perspektiven zeigen und Eigeninitiative fördern. Das liberale Bürgergeld ist hierzu ein guter Vorschlag.

---

Jürgen Golze (OV Tiergarten)

Zum Thema

## Therapieversagen

von Sascha Tamm

Die weltweiten Finanzmärkte funktionieren nicht! Sie müssen also reguliert werden, kurzfristig muss Liquidität zur Verfügung gestellt werden, von der Pleite bedrohte Banken müssen gerettet werden - besonders wenn es sich um öffentliche Unternehmen handelt. Man konnte ahnen, was auf die jüngsten Abwärtsbewegungen an den Börsen folgt. Doch warum sind Abwärtsbewegungen ein Zeichen für „Marktversagen“? Warum nicht der Aufwärtstrend davor, der immerhin einige Jahre anhielt?



Intransparenz sei die Ursache für die Turbulenzen, so wird behauptet. Anleger können Risikostrukturen nicht mehr durchschauen, außerdem hätten die Ratingagenturen versagt (und müssen auch irgendwie reguliert werden, wie Minister Steinbrück meint). Vielleicht haben die Ratingagenturen tatsächlich versagt, vielleicht haben viele Banken und Fonds zu riskant investiert. Wenn es also jetzt Misstrauen gegenüber Bankaktien gibt, so ist das gesund. Es spricht gerade dafür, dass die Märkte funktionieren. Wenn Banken und Fonds vom Markt verschwinden, die sich gründlich verkalkuliert haben, so ist das ebenfalls ein normaler, gesunder Prozess.

Gefährlicher als die Pleite von einigen Banken und sinkende Aktienkurse sind die Therapien, die dagegen angewandt oder geplant werden. Da wären zunächst einmal die Liquiditätsspritzen in Milliardenhöhe, die die Zentralbanken als Kredite zur Verfügung stellten. Sie nähren die Illusion, dass Zinsen und Geldmenge Stellschrauben seien, mit denen Zentralbanken einfach alle wirtschaftlichen Problem lösen können. Das hat viel zu lange scheinbar funktioniert – und zur Kreditblase in den USA und anderswo beigetragen.

Die Rettung von Banken und Fonds, die sich verspekuliert haben, ist kontraproduktiv und heizt Spekulationen auf Kosten Dritter an. Wenn immer ein Retter bereitsteht, kann man fast jedes Risiko eingehen. Das Wissen um das Bankrottrisiko ist dagegen die beste Risikovorsorge. Und der notwendigerweise kurzsichtige Staat und seine Bürokraten sind denkbar ungeeignet, Risiken richtig abzuschätzen.

---

Sascha Tamm (OV OT) ist Referent im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Jamaica ist nur eine Insel

von *Martin Lindner*

Die rot-rote Koalition ist bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 nur knapp im Amt bestätigt worden. Mit 2 Stimmen Mehrheit will sie jetzt bis 2011 regieren. Der Anfang misslang. Die Stimmung in der Koalition ist gereizt. Wowereit und die SPD verlieren in Umfragen kontinuierlich. Vermeintliche Erfolge wie ein ausgeglichener Haushalt sind Folge des bundesweiten Aufschwungs.



In dieser Situation richtet sich mehr Aufmerksamkeit auf die Opposition. Die CDU konsolidiert sich unter Friedbert Pflüger, auch wenn sie immer noch unter programmatischer Beliebigkeit leidet und eine Neigung zu parteiinterner Intrige nicht ablegen konnte. Die Grünen streiten intern nach ihrer Demütigung durch die SPD über den weiteren Weg, wollen aber erkennbar nicht mehr Wowereits Aushilfskutscher sein. Dies befürchtet die Phantasie der Beobachter. Jamaika, eine Koalition zwischen CDU, Grünen und FDP in Berlin?

Tatsache ist: Jamaika ist erst einmal nur eine Insel und eine Koalition in der Opposition gibt es nicht. Aber die knappe Mehrheit der rot-roten Koalition im Abgeordnetenhaus ist für FDP, CDU und Grüne Grund genug, im Parlament enger zusammenzuarbeiten. In der letzten Wahlperiode waren die Grünen dazu nicht in der Lage und die CDU zu schwach. Das hat sich geändert. Mit einer gemeinsamen Berlin-Konferenz haben die Jamaika-Fraktionen ein deutliches Kampfsignal an Rot-Rot gesetzt. Das ist in Berlin gut angekommen. Wir werden weiter mit CDU und Grünen zusammenarbeiten, um Rot-Rot zu stellen. Dabei gilt: ohne die FDP kann Berlin nicht aus der Mitte heraus regiert werden! Ohne die FDP wird in Berlin keine Politik der wirtschaftlichen Vernunft, der bürgerlichen Freiheit und der Chancen auf Teilhabe möglich sein! Die FDP ist die einzige Berliner Partei mit einem eindeutigen liberalen Profil: Privat vor Staat und Freiheit vor Gleichheit! So werden wir uns 2011 auch den Berlinern stellen. Konsequent, ehrlich und mutig. Für das, was dann geschieht, gilt die Erkenntnis von Otto Graf Lambsdorff: "Über Koalitionen entscheiden nicht Parteien, sondern die Wähler!"

---

*Dr. Martin Lindner MdA (BV Steglitz-Zehlendorf), Vorsitzender der FDP-Fraktion im AGH*

Aus der Landespartei

## Sommerlicher Geldsegen

von *Tim Stuchtey*

Klar könnte man versucht sein, die Aktivitäten des Landesvorstands der letzten Wochen in blumigen Worten auszuschmücken. Doch auch ein Gremium von ehrenamtlich engagierten Menschen reduziert sein Aktivitätsniveau in Zeiten der Berliner Schulferien; Da bliebe fast nur der Bericht von zahlreichen Sommerfesten. Also die hier die reinen Fakten:



(1) Der liberale homo politicus merkt sich schon heute 11./12. April 2008 vor. An diesen Tagen findet voraussichtlich der Landesparteitag im Crowne Plaza statt. (2) Ein Parteidirektor ohne viele Freunde in der Partei, der den Landesvorstand und noch viel mehr den Ortsverband Hermsdorf-Tegel Zeit und Mühsaal gekostet hat, hat es vorgezogen, sich seine Freunde anderswo zu suchen und die FDP in diesem Sommer verlassen. (3) Die Mitstreiter aus der Abgeordnetenhaus-Fraktion berichten, dass der allgemeine Konjunkturaufschwung Berlin erreicht hat, was sich nun langsam auch in den Steuereinnahmen niederschlägt. (4) Die ZEIT weiß zu berichten, dass die Befragung (allerdings von nur gut 60 Liberalen) ergeben hat, dass die FDP-Mitglieder eigentlich viel lieber Umverteilung betreiben würden, wenn ihre Führung sie nur ließe.

Der erfreuliche Geldsegen führt unweigerlich dazu, dass zahlreiche Ideen entwickelt werden, wie die Mittel für politische Wohltaten ausgegeben werden sollen. Ökonomisch denkende Menschen – egal, welcher der großen Schulen sie angehören – raten hier zur Zurückhaltung. Für die Keynesianer gilt es, in konjunkturellen Hochzeiten sich auf den nächsten Abschwung vorzubereiten. Dies bedeutet, dass jetzt Haushaltssüberschüsse zur Reduktion der Staatsschulden genutzt werden. Monetaristen werden die sprudelnden Steuerquellen zum Anlass nehmen wollen, das Geld durch Steuersenkungen jenen zurückzugeben, die den Wohlstand erwirtschaftet haben. Für beide Wege lassen sich Argumente finden, doch unabhängig welcher Richtung man zuneigt, eine Begründung für Mehrausgaben in der jetzigen Situation lassen sich aus beiden nicht ableiten.

---

*Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Mitglied des Landesvorstandes der Berliner FDP*

## Berichte aus Mitte

### **Sex in the City**

*Peter Pawłowski für die BVV-Fraktion*

Es klingt schon fast wie ein typisches Sommerlochthema: die Beamten des Bezirksamtes Mitte haben bei genauer Überprüfung festgestellt, dass Penis-Steifungscreme kein kosmetisches, sondern ein Arzneimittel sei. Daraufhin wurden mehrere Cremetuben, die in einem Sexshop angeboten wurden, 2005 vom Bezirksamt beschlagnahmt. In der darauf folgenden Gerichtsverhandlung wurden die Bahn brechenden Entdeckungen der Bezirksbeamten bestätigt. Die Fraktion der FDP hat sich entschlossen, zu diesem wichtigen Anliegen eine große Anfrage in der kommenden BVV-Sitzung zu stellen.

Aus unserer Sicht darf das Problem nicht klein geredet werden!

Damit meinen wir nicht etwa den Wirkungsbe- reich der beschlagnahmten Ware, sondern die Aufgaben, die die bezirklichen Ordnungsämter wahrnehmen. Es ist bekannt, dass allein in Mitte fast 130 Angestellte nur mit der Verteilung von Knöllchen beschäftigt sind. Für alle (!) anderen Aufgaben, die das Ordnungsamt zu erledigen hat, sind lediglich 27 Stellen vorgesehen, 7 davon seit längerer Zeit nicht besetzt. Auf diesem Missstand hat die FDP schon in der vorherigen Wahlperiode mehrmals hingewiesen. Als Antwort mussten wir uns von dem zuständigen Stadtrat Lamprecht (CDU) anhören, dass es sich ja schließlich um zwei verschiedene Stellenpools handle und eine „Verschiebung“ der Angestellten zwischen den Pools nicht möglich sei. Diese Argumentation mutet geradezu absurd an.

Schließlich geht es hier um eine politische Prioritätensetzung, und nicht um ein Einführungsseminar zum Verwaltungsrecht. FDP kritisiert seit Langem, dass die Ordnungsämter Scheinaufgaben erledigen, die wichtigen Anliegen jedoch, die direkt mit der Sicherheit oder der Gesundheit der Bürger zusammenhängen werden nicht wahrgenommen.

Die traurige Bestätigung dafür haben wir zum wiederholten (!) Mal vor einigen Tagen bekommen, als mehrere Tonen vom Gammelfleisch in den Handel geraten sind. Natürlich würden an dieser Stelle einige argumentieren, die Gesundheitskontrollen in Mitte seien nicht die Aufgabe des Ordnungsamtes. Formell ist das richtig, geht aber an den Kern des Problems vorbei. Für die Bürger ist das völlig irrelevant, welches Amt für

welche Aufgaben zuständig ist. Wenn verdorbene Lebensmittel verkauft werden, haben die bezirklichen Kontrollen eindeutig versagt.

Das gleiche gilt für die Sicherheit. Es mag sein, dass die Überprüfung von Steifungsmitteln mehr Spaß macht, als Auseinandersetzungen mit Kampfhundbesitzern oder aggressiven Fahrradfahrern. Der Spaßfaktor ist aber für die Liberalen in diesem Fall nebensächlich. Wir trauen den Besuchern der Sexshops zu, dass sie erkennen können, welche Mittel für welche Zwecke bestimmt sind und mit welchen Nebeneffekten sie zu rechnen haben. Die Liebhaber von Dönerfleisch können das nicht. Deshalb werden wir in Zukunft ganz genau die Arbeit aller Kontrollinstitutionen in Mitte unter die Lupe nehmen – und wenn notwendig, das Bezirksamt weich klopfen – Steifungsmittel hin oder her!

Wir sind ansprechbar über das  
Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

### **Sommersaison am Gendarmenmarkt**

*Stefan Scholz für den OV Gendarmenmarkt*

Die Sommersaison am Gendarmenmarkt eröffnete der Ortsverband bereits Anfang Juli zu Wasser traditionell mit einem großen Fest. Die Liberalen vom Gendarmenmarkt nutzten die vergangenen Ferienmonate für zwei Treffen Ihres liberalen Stammtisches im Haus Gaffel Kölsch am Hausvogteiplatz. Die gerade für den Juli-Monat überraschend große Runde erfrischte sich bei Kölsch und Limonade und schmiedete erste Pläne für die zweite Jahreshälfte. Noch am selben Abend wurde Bärbel Schäfer als Neumitglied in den Kreis der liberalen Familie aufgenommen. Auch die Veranstaltung im ansonsten eher ruhigen Monat August führte zwei weitere politisch Interessierte an den Hausvogteiplatz. Der Start ins neue Halbjahr ist eher kultureller Natur: In kleiner Runde ging es zur documenta nach Kassel.

## **Wegen des Verdachts der staatsfeindlichen Hetze**

*Frauke Sander für den OV OT*

Man muss nicht - wie Oskar Lafontaine - in die Karibik fahren, um zu erfahren, wie sozialistische Zwangsregime Menschenrechte mit Füßen treten. Hier in Berlin gibt es genug Orte, um sich zu vergegenwärtigen, welch' Leid und Unrecht der Sozialismus über die Menschen gebracht hat: der OV OT wird am 29.09.2007 unter der Führung von Dr. Jörg Kürschner, Erster Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, eine Begehung des ehemaligen Stasi-Gefängnisses durchführen. Dr. Kürschner, Journalist, war wegen des Verdachts der staatsfeindlichen Hetze selbst dort inhaftiert. Ihm wurde zur Last gelegt, mehrfach Literatur in die DDR eingeführt und weitergegeben zu haben.

Mit Blick auf die Enthüllungen über Schießbefehle an der Grenze der DDR, das Gebaren führender Vertreter „der Linken“ etc., wollen wir im Anschluss an die Führung gemeinsam auch die Positionierung der FDP gegenüber „der Linken“ diskutieren.

## **Tiergartener Kultursommer und aktuelles Europa**

*Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Neben unseren regelmäßigen politischen Diskussionsrunden hatten wir in diesem Sommer wieder einmal die Gelegenheit einen wichtigen kulturellen Akzent zu setzen und am 23. August zusammen mit dem LFA Kulturpolitik und Medien zu einem „Tiergartener Kultursommerabend“ eingeladen. Nachdem uns zunächst im Rahmen einer ausgezeichneten Führung durch die Gemäldegalerie ausgewählte Werke aus der riesigen Sammlung internationaler Meisterwerke vorgestellt wurden, erläuterte uns Dr. Kurt M. Lehner, Vorsitzender des LFA und stellvertretender Vorsitzender unseres OV, die liberalen Positionen zur dringend erforderlichen Umgestaltung des Kulturforums. Allgemeines Fazit: Berlin hat viele wertvolle „Museumsinseln“, die alle (für den Tourismus) anziehend sind. Die Gemäldegalerie ist ein wichtiger Standortfaktor auf dem Kulturforum, man sollte ihn aber auch von weitem sehen können. Anschließend klang der Abend bei einem gemeinsamen Essen begleitet von angeregten Diskussionen zu den Themen in der Osteria Caruso aus.

Ende 2006 hatte die Bundesregierung hohe Erwartungen an die seinerzeit bevorstehende deutsche Ratspräsidentschaft geweckt. Inzwischen sind bereits wieder zwei Monate vergangen, seitdem die Federführung für die Europapolitik von Deutschland an Portugal weitergegeben wurde - sicherlich ein guter Zeitpunkt für eine Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft und für eine Ausblick auf kommende europapolitische Herausforderungen. Unser Thema beim Politischen Brunch am 26. August lautet deshalb: „Perspektiven der Europapolitik nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“, zu dem unser Landesvorsitzender Markus Löning, MdB und Mitglied im EU-Ausschuss des Deutschen Bundestages unerwartet lehrreich, spannend und mit hervorragender Sachkenntnis seine Sicht der Ergebnisse der deutschen Ratspräsidentschaft schilderte und über liberale Positionen zur aktuellen Europapolitik berichtete. Zu nennen sind hier z. B. die Frage einer EU-Mitgliedschaft der Türkei und die Rolle der EU in Afghanistan.

## **FDP vor Ort: Aktionsgruppen**

*Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt*

Wie berichtet waren von der MV die Aktionsgruppen „Clubs“ sowie „Galerien“ ins Leben gerufen worden. Ziel: Engagement für zwei auf OV-Gebiet weit überdurchschnittlich vertretene Branchen, welche ein Gutteil des kulturellen Lebens ausmachen. Beide AG'en sind während der Sommerwochen aktiv geworden: die „Galerie-Gruppe“ entwickelte ein Papier, welches Ziele, Strategien und praktische Maßnahmen aufzeigt, die Club-Gruppe erkundete Zielgruppe und locations konkret vor Ort.

Am 03.09. legte die MV nach. Bewusst wurde nicht wieder mit Referent zu einem Thema eingeladen, stattdessen der OV selbst mit der Frage thematisiert, was konkret vor Ort politisch getan werden soll und von wem. So wurden 3 neue Aktionsgruppen gegründet: „Info-Stände“, „Jüdisches Leben“ und „Schulen“. Einig war man sich, dass die im Wahlkampfjahr erfolgreiche Aktion „Brücke“ einer Fortsetzung bedarf

Ihr OV-Vorstandsamts abzugeben beabsichtigten Thomas Völker wegen berufsbedingtem Umzug nach Hamburg sowie Anno Blissenbach, um sich auf inhaltlich-programmatische Arbeit in BA, LA und LFAen zu konzentrieren und um dem OV die Möglichkeit zu geben, neue aktive Mitglieder in die Vorstandsarbeit einzubinden.

## Personalien

(au) In der vom Ausgabe vom 31. juli der „taz“, für gewöhnlich nicht unbedingt für besondere Nähe zur FDP bekannt, erschien unser liberaler Abgeordneter im AGH aus Mitte, der Bezirksvorsitzende **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), welcher u.a. auch umweltpolitischer Sprecher der AGH-Fraktion ist, gleich mit zwei Artikeln, einem Hintergrundbericht und einem Interview zur „Umweltzone“ und zu besserer Umweltpolitik allgemein.

(bli) In der liberalen Vorfeldorganisation Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand (BLM) ist unter Leitung von BLM-Bundesvorstandsmitglied **Anno Blissenbach**

(Foto, Wilhelmstadt) am 31. August 2007 der BLM-Landesverband Berlin neu gegründet worden. Dem einstimmig gewählten Vorstand gehören an als Vorsitzender **Theodor Kruse** (Charlottenburg-Wilmersdorf), als Stellvertreter Blissenbach, **Mirco Dragowski** MdA (Tempelhof-Schöneberg), **Hans-Jörg Glock** (Charlottenburg-Wilmersdorf) sowie **Thomas-Andrew Zenner**; als Schatzmeister **Klaus-Dieter Rommeiß** (Reinickendorf), als Beisitzer **Detlev Fricke** (Charlottenburg-Wilmersdorf) sowie **René Hagemann-Miksits** (Tempelhof-Schöneberg), **Katrin Krieg** und **Florian Swyter** (Prenzlauer Berg). Ziel des neugegründeten Landesverbandes ist es, dem von rot-rot gebeutelten Mittelstand auch außerhalb der FDP-Partei-organisation und ihrer AGH-Fraktion wieder eine Stimme zu geben. Informationen zur BLM findet der Leser im Internet unter [www.liberaler-mittelstand.de](http://www.liberaler-mittelstand.de)



(au) Mancherorts hält sich der Geist des real existierenden Sozialismus länger als anderswo, zum Beispiel in der Verwaltung des Bezirksamtes Mitte. Als deren diverse Repräsentanten jüngst in einer Sitzung der Steuerungsrunde zum Sanierungsgebiet „Spandauer Vorstadt“ die aktuelle Idee befürworteten, das ehemalige Schulgebäude am Koppenplatz dem „Theaterhaus Mitte“ zu entziehen und „wegen Bedarfs“ der Nutzung als staatliche Schule zuzuführen, das dränge sich ja geradezu auf, konnte Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin** (Wilhelmstadt) süffisant darauf hinweisen, dass ein gleiches Nutzungsbegern vor einem Jahr auf erbitterten Widerstand der jetzt Begeisterten gestoßen war – damals ging es allerdings um die private „Berlin Metropolitan School“.

(au) „Sie waren noch nie in China? Dann müssen Sie doch meine Cousins kennen, die war auch noch nie dort.“ – an dieses Bonmot mag Parteidirektor **Thomas A. Frank** (OT) gedacht haben, als er im August über die Chinesische Mauer schlenderte, um sich plötzlich seinem Parteidirektor **Guido Westerwelle** gegenüberzusehen. Es sollte nicht der einzige Augenzeuge bericht von der sommerlichen Reise des Bundesvorsitzenden bleiben. Unsere stellv. Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (OT), zur Zeit Rechtsreferendarin in Shanghai, traf beim touristischen Besuch eines Pekinger Künstlerviertels überraschend auf Westerwelle, welcher sich in Begleitung von Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Wilhelmstadt), seinem Pressesprecher **Robert v. Rimscha**, dem Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag **Jörg van Essen**, sowie dem außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, **Werner Hoyer** befand. Drei Tage später, zurück von ihrem Wochenendausflug aus Peking, saß Jasper im tausende Kilometer entfernten Shanghai (16 Mio. Einwohner) abends in einer Bar, da kommt ein bekanntes Gesicht herein – Guido Westerwelle. Allerdings hatte die Omnipräsenz des Bundesvorsitzenden im Reich der Mitte offensichtlich zum Ausklang des Sommers ein Ende: Der Vorsitzende des OV Gendarmenmarkt, **Stefan Scholz**, hielt sich mehrere Tage in Hongkong auf, ohne dass eine Begegnung bekannt geworden wäre.

(au) Dem Anspruch der FDP, dem Netzwerk-Gedanken im politischen Betrieb neue Qualität gegeben, wird auch FDP-Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Foto, Wilhelmstadt) gerecht: Unter [www.beerfeltz.de](http://www.beerfeltz.de) nutzt er einige der Werkzeuge, die das Web 2.0 zu bieten hat. Allen, die schon immer wissen wollten, was den FDP-Bundesgeschäftsführer umtreibt, werden interessante Einblicke in sein Leben gewährt.

(au) Wenig Freude hat die chronisch überforderte Berliner Justizsenatorin **Gisela von der Aue** (SPD) aktuell mit den Liberalen im Abgeordnetenhaus. Binnen zweier Tage forderte erst deren justizpolitischer Sprecher **Sebastian Kluckert** (Neukölln) eine separate Sitzung des Rechtsausschusses zur Klärung der zahlreichen und eklatanten Widersprüche und Unklarheiten im Zusammenhang mit dem aktuellen Berliner Justizskandal, will gar mit einer Ausschuss-Sitzung in der Jugendstrafanstalt (JSA) Plötzensee selbst aufklären. Anschließend musste ihr der innenpolitische Sprecher der Fraktion, **Björn Jotzo** (Charlottenburg-Wilmersdorf), erklären, dass die umfassende Videoüberwachung des Lebens rund um die JSA keine rechtliche Grundlage hat.

## Leserbriefe

### **Horst Krumpen (LV Meck-Pomm)**

Lieber Nils, herzliche Grüße an die Redaktion von Liberal Central, auch diese Ausgabe ist euch wieder einmal sehr gelungen – weiter so! Ich freue mich immer, wenn ich die neusten Infos aus Berlin erhalte, besonders freue ich mich, dass meine Idee eines offenen „Ladens der FDP“ weiter so prominente Zustimmung findet. Als Büroleiter des Fraktionsvorsitzenden Michael Roolf haben wir diese Idee auch umgesetzt und auch hier in MV funktioniert dieses Konzept und findet regen Zuspruch bei der Bevölkerung. Also noch einmal beste Grüße aus der Region „in der andere Urlaub machen“ in die Hauptstadt ... Euer ehemaliger Wahlkampfleiter

## Schlusswort

### **Heimlicher Blick auf die Festplatte von Stefan Scholz**

Der öffentliche Aufschrei war riesig. Als es hieß, den Bürger zur besseren Kriminalitätsbekämpfung in den eigenen vier Wänden ausspionieren zu wollen, entbrannte in Deutschland eine ungekannte Diskussion über Bürgerrechte und Privatsphäre. Das war 1998 – kurz vor Verabschiebung des großen Lauschangriffs. In den letzten Monaten bedachte die Presse ein ähnliches Anliegen eher müde mit ein paar kurzen Meldungen. Online-Durchsuchungen sollen nunmehr nach Telefon, Kamera-Überwachung des öffentlichen Raums und anderer ungezählter Maßnahmen eine weitere Bastion der Privatsphäre stürmen – den heimischen Computer.

Beunruhigend ist weder die schon ritualisierte Rechtfertigung durch den internationalen Terrorismus und die gestiegene Kriminalität, noch ist es die Unterstützung des Bundesinnenministers aus den eigenen Reihen. Beunruhigend ist vielmehr die Gleichgültigkeit, mit der die Öffentlichkeit – in Gestalt der Presse und der politischen Opposition – eine weitere Beschniedung der persönlichen Freiheitsrechte mit halbherzigem Widerstand zu akzeptieren scheint.

Dabei ist die Dimension der Infiltration um einiges weit reichender als beim bloßen Mistschnitt eines Gesprächs. Computer bestimmen mehr und mehr unser Leben – beruflich wie privat. Neben der gesammelten Post befinden sich auf vielen Geräten hochsensible Finanzdaten, intime Informationen, private Fotos. Gespeicherte Archive geben exakt Auskunft über unser Internetverhalten. Gewollt oder nicht: häufig ist der Computer bereits ein Spiegel unserer selbst.

Wir Liberale müssen als Hüter der persönlichen Freiheitsrechte wieder sichtbarer Flagge zeigen und diesem Überwachungswahnsinn mutiger entgegentreten. Dazu gehört auch der Hinweis auf das Ausschöpfen existierenden Rechts. Zum Beispiel ist ein Blick auf die wertvollen Daten auch heute schon ohne dubiosen Online-Schnickschnack machbar – offline mit richterlichem Durchsuchungsbeschluss.

Ach ja: Erinnern Sie sich noch an die „Telescreens“ aus George Orwells „1984“? Das sind Multimediageräte mit eingebauter Kamera und Mikrofon zur Überwachung der Bürger daheim. Mein Computer, ein Multimediagerät erster Güte, verfügt ebenfalls über eine Kamera und ein eingebautes Mikrofon. Ihrer auch?

## Liberale Unternehmer in Mitte: Gisela Pressel (OV Gendarmenmarkt)



Gisela Pressel lebt seit 1992 in Berlin, gründete hier das INSTITUT FÜR KOMMUNIKATION UND ERWACHSENENEBILDUNG, arbeitet seitdem erfolgreich im Bereich Organisations- und Teamentwicklung, Coaching und Supervision. Sie ist 1937 in Düren/NW geboren, lebte 30 Jahre in Köln und 6 Jahre in Hamburg, bevor sie nach Berlin zog. Die jahrelange Tätigkeit als Verwaltungsleiterin einer europäisch-politischen Bildungsstätte und das Pädagogik-Studium mit dem Schwerpunkt „Politische Bildung“ führten 1973 in die Kölner FDP. Hier arbeitete sie aktiv als Vorstandsmitglied im OV, im Kreis- und Bezirksvorstand, als Bezirks-, Landesparteitags- und Landeshauptausschuss-Delegierte und Bezirksvertreterin in Köln-Mülheim; 8 Jahre war sie Chefredakteurin der FDP-Zeitung KÖLN-INTERN mit 40 Ausgaben. Die zu erahnende Lebendigkeit und sich entwickelnde Kultur in Berlin boten ihr einen hohen Anreiz, sowohl privat als auch beruflich die westliche und östliche Kultur und Sozialisation zu erleben und zu verknüpfen.

### Termine

#### **September 2007**

- 11.09 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss**, Information unter [www.fdp-berlin.de](http://www.fdp-berlin.de)
- 11.09 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** – Thema: Hemmnisse bei der Integration von Muslimen in Deutschland – im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 11.09 20.00h DGLI Berlin: **Diskussionsveranstaltung** mit dem Präsidenten der Bundes-DGLI Patrick Meinhardt MdB – Thema: DGLI: Think Tank für die internationale liberale Sache – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str.), Raum 320
- 12.09 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 14./15.09 FNSt: **Liberales Rechtsgespräch** – mit Rupert Scholz, Mechthild Dyckmans MdB, Jan Söffing, Hellmut Königshaus MdB, Hans-Joachim Otto MdB u.a. – Reinhardtstraße (Reinhardtstr. 14-16) – Anmeldung [anne.wellingerhof@fnst-freiheit.org](mailto:anne.wellingerhof@fnst-freiheit.org)
- 19.09 19.30h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – u.a. Berichte und Anträge – im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz), BVV-Saal
- 22.09 JuLis Berlin: **Landeskongress**, Info unter [www.julis-berlin.de](http://www.julis-berlin.de)
- 26.09 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 29.09 11.00h OV OT: **Begehung** des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Höhenschönhausen – mit Jörg Kürschner – Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Genslerstr. 66)
- 30.09 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – mit Antje K. Pieper, Medienrätin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, zur Digitalisierung in den Funkmedien – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

#### **Oktober 2007**

- 01.10 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – Thema: Die Bundeswehr in Afghanistan – mit Hellmut Königshaus MdB – im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 04.10 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 09.10 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 10.10 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 10.10 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 28.10 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – Thema: Geheimdienst-Untersuchungsausschuss – mit Hellmut Königshaus MdB – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 31.10 16.30h OV Gendarmenmarkt: **Besichtigung des Bundesrates** – Treffpunkt an der Leipziger Str. 3-4 – Anmeldung erforderlich bis 30.09. unter [ps-liberta@gmx.de](mailto:ps-liberta@gmx.de)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an [termine@fdp-mitte.de](mailto:termine@fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).